



Dr. Urho Kekkonen
3. September 1900 – 31. August 1986.
Finnischer Staatsmann.
Sohn eines Waldarbeiters. Nach dem Abitur ab 1919 Studium der Rechte in Helsinki. In dieser Zeit auch sportlich erfolgreich, wird er 1924 finnischer Meister im Hochsprung. 1936 Promotion zum Dr. jur. Tätigkeiten als Syndikus und Verwaltungsjurist. 1936–1956 für die Bauernpartei/Zentrum als Abgeordneter im Reichstag. Während dieser Periode verschiedentlich Minister unterschiedlicher Portefeuilles, Präsident des Reichstages und fünfmal Ministerpräsident. Finnischer Staatspräsident von 1956–1981. Seine vom Westen als „Finnlandisierung“ bezeichnete Politik zielte, auf Unabhängigkeit der finnischen Nation zwischen den großen Blöcken.

Dr. Urho Kekkonen

Präsident der Republik Finnland

„Finnland als ein europäisches Land“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe als Thema meines Vortrages eine Betrachtung über Finnland vor allem als europäisches Land und über Finnlands Stellung in der internationalen Politik gewählt. Die Aufgabe weist in zwei Richtungen. Einerseits ist zu erwarten, was für ein Mitglied Finnland in der europäischen Völkerfamilie eigentlich ist. Andererseits gilt es zu zeigen, wie die von unserer Zeit gestellten Herausforderungen und die von ihr gegebenen Möglichkeiten aus finnischer Sicht aussehen.

Es freut mich, dass ich mein Land in Ihrem geschätzten Club hier in Hamburg, dem größten Handels- und Schifffahrtszentrum des möglichen Europas, vorstellen kann.

Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt in finnischer Sprache fortzufahren. Der volle Text meines Vortrages ist Ihnen in deutscher Übersetzung verteilt worden.

Finnland in Mitteleuropa vorzustellen ist mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Finnland ist von der Bevölkerungsmenge, wenn auch nicht von der Fläche her gesehen, ein kleines und vom Herzen Europas her betrachtet, ein abgelegenes Land. Als solches wird es leicht „in den Planungen vergessen“. Dem Bild, das man sich von Finnland macht, scheinen gerade deshalb in vielen Fällen stereotype, schematische Züge anzuhaften, weil das Land wegen seines geringen Eigengewichts kaum von Interesse für andauernde Analysen ist. Finnland ist, aus mitteleuropäischer Sicht betrachtet, selten ein problematischer oder heikler Faktor in der internationalen Politik gewesen. Es ist oft nur als eine Spielfigur der großen Politik verstanden worden, als Objekt von Entscheidungen, die andere getroffen haben. Manchmal – und dies ist gerade auch in unseren Tagen geschehen – ist der gute Name unseres Landes sogar fehlerhaft als Waffe in Auseinandersetzungen benutzt worden, die uns nichts angehen. In anderen Fällen sind wir Gegenstand gutwilligen Mitleids und mitfühlender Bevormundungsbestrebungen geworden. Es scheint schwierig zu sein, mit Fakten ein Gestrüpp solcher Stereotypen zu durchdringen.

Ich benutze die Gelegenheit, um zu sagen, dass wir Finnen keine Vormünder und kein mitfühlendes „Verstehen“ brauchen. Wir sind als Nation volljährig, und wir sind fähig, unsere Angelegenheiten selbst zu besorgen. Auf Grund unserer Erfahrungen und Errungenschaften kennen und anerkennen wir die Realitäten der internationalen Politik. Aber auch im heutigen Europa kann ein kleines Volk, das für seine nationalen Grundinteressen sorgt und auch die der anderen berücksichtigt, indem es innerhalb des von den Realitäten gesetzten Rahmens wirkt, seines eigenen Glückes Schmied sein.

Ein zusätzliches Problem, das keinesfalls nur Finnland betrifft, hat sich durch die Anwendung des Begriffes „Europa“ ergeben. Nach meinen Beobachtungen wird in Mittel- und Westeuropa ständig von „Europa“ gesprochen, obgleich man nur die westlichen Teile unseres Kontinents meint. Begriffe lenken oft das Denken und das Denken die Tätigkeit. Für uns Finnen ist es selbstverständlich, dass auch Finnland, gleichermaßen wie die anderen nordischen Länder und wie überhaupt alle Nationen, die das gemeinsame römisch-byzantinische Kulturerbe teilen, zu Europa gehört. Und obwohl eine globale, die großen Lebensfragen der Menschheit berücksichtigende Einstellung notwendig geworden ist, ist es nützlich, sich daran zu erinnern, dass unser eigener Erdteil mehr als ein geographisch-politischer Hilfsbegriff ist. In der Vielfalt Europas liegt sein Reichtum. Obwohl dieser Kulturkreis Schauplatz entsetzlicher Ereignisse gewesen ist und er viele Schwierigkeiten der Menschheit verursacht hat, ist er dennoch auch Wiege geistiger und materieller Menschheitsleistungen, deren Wirkung sich im Laufe der letzten Generationen über die ganze Welt verbreitet hat.

Die Bindungen Finnlands an den westlichen Kulturkreis unseres Kontinents sind dermaßen tief und mannigfaltig, dass sie hier in diesem Zusammenhang nicht vorgeführt werden können. Das finnische Volk ist mit dem westeuropäischen Kulturkreis verwachsen, indem es sich in einem seiner Randgebiete angesiedelt hat, wobei es gleichzeitig bedeutende Einflüsse von der osteuropäischen Kultur erhalten hat. Diese Stadt, Hamburg, ist ein bedeutendes Zentrum desjenigen deutschen Kulturkreises, über den durch Jahrhunderte starke Verbindungen zu den Anrainerländer der Ostsee, unter ihnen Finnland, bestanden haben. Aber lassen Sie uns zugeben, dass die Geschichte der deutsch-finnischen Beziehungen nicht so einfach und geradlinig ist, wie manchmal angenommen wird. Wir können genauso wenig unserer Geschichte wie der Geographie entfliehen. Die Auswirkungen vergangener Ereignisse, der näheren wie auch der entfernter liegenden, leben in uns und in unseren gesellschaftlichen Institutionen fort. Man soll das Wissen um sie nicht von sich weisen – im Gegenteil, klug ist derjenige, der aus seiner eigenen Geschichte zugunsten seiner Zukunft lernt.

Finnland ist auf manche Art von anderen Ländern abhängig. Wir können nicht selbstversorgend sein, sondern wir müssen uns sowohl Produkte als auch geistige Impulse anderswoher beschaffen – indem wir uns natürlich gleichzeitig mit unserem eigenen Einsatz an den internationalen Wechselbeziehungen beteiligen. Die gegenseitige internationale Abhängigkeit betrifft auch die Sicherheit. Auch in dieser Hinsicht ist Finnland sowohl gebender als auch empfangender Teil. Wir sind bestrebt zu vermeiden, dass wir uns in die Auseinandersetzungen zwischen anderen Staaten einmischen. Dahingegen haben wir, je nach unseren Möglichkeiten, versucht, die Entspannung und die friedliche Beilegung von Konflikten zu fördern. Wir möchten so handeln, dass unsere Neutralitätspolitik gleichzeitig der Sache des Friedens dient, was sowohl unseren eigenen als auch den Sicherheitsinteressen anderer Staaten entspricht. Im Hintergrund dieser Sicherheitspolitik steht die finnische Geschichte, ihre Geographie und die Umgebung der internationalen Politik. Zentraler Bestandteil und Voraussetzung dieser Sicherheitspolitik sind unsere auf Vertragsregelungen sich aufbauenden guten Beziehungen zu unserem Großmachtnachbarn, der Sowjetunion. Durch einen besonderen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand haben wir uns verpflichtet – bei Bedarf mit Hilfe der Sowjetunion – einen gegen die Sowjetunion über finnisches Territorium gerichteten Angriff zu verhindern. Der Vertrag, der gleichzeitig die anerkannte Grundlage der nachbarlichen Beziehungen zwischen Finnland und der UdSSR bildet, ist jedoch kein Militärbündnis.

In Westeuropa, und auch hier in der Bundesrepublik Deutschland, scheint man noch immer auf eine solche irrtümliche Auffassung zu stoßen, nach der diejenigen Länder, die eine Neutralitätspolitik befolgen, eine Art „Teilungsüberbleibsel“ Europas sind, schwache Länder, die in einer hilflosen, Druckausübungen ausgesetzten Lage verblieben sind. Ich frage mich, ist es wirklich so schwierig zu verstehen, dass Finnland seine eigene sicherheitspolitische Grundentscheidung getroffen hat; den Entschluss, nach Sicherheit nicht durch Militärbündnisse zu suchen, sondern in einer auf breit angelegtem Einverständnis beruhenden internationalen Zusammenarbeit ist es überraschend, dass Finnland, wie gesagt, sich mit einer besonderen Vertragsregelung verpflichtet hat, nicht zuzulassen, dass über sein Territorium ein Angriff gegen seinen östlichen Nachbarn geführt wird, der wahrlich genug auf geschichtlichen Erfahrungen fußende Gründe hat, sich auf die Abwehr eines äußeren Angriffs einzustellen? Es dürfte wohl nicht schwer sein, einzusehen, dass diese Politik den Interessen Finnlands entspricht, dass sie die eigene Politik des finnischen Volkes ist, seine aufrichtige und ohne Zwänge sich zu Eigen gemachte Linie.

Ohne mich in Erinnerungen der vergangenen schweren Zeiten zu verlieren, möchte ich dennoch denjenigen, die an Finnlands Selbstständigkeitswillen oder an der Selbstständigkeit der finnischen Außenpolitik Zweifel hegen, ins Gedächtnis rufen, dass Helsinki eine der drei Hauptstädte der am Zweiten Weltkrieg beteiligten Länder Europas war, die in keiner Phase des Krieges weder erobert noch besetzt wurden; die zwei anderen waren London und

Moskau. Die politischen Institutionen Finnlands blieben intakt und entwickelten sich gemäß dem echten, demokratischen Willen des Volkes weiter. Trotz der schweren Zeiten gelang es, einen Modus vivendi mit der UdSSR zu entwickeln, ein Nachbarschaftsverhältnis, das mit Stolz als echtes Beispiel friedlicher Koexistenz bezeichnet werden kann.

Zwei recht verschiedene Länder, ein großes und ein kleines, ein nordisch-westeuropäisches Marktwirtschaftsland und eine sozialistische Großmacht, sind fähig gewesen, in einer Nachbarschaft zu leben, die durch gegenseitige Achtung und zunehmende Zusammenarbeit geprägt ist. Ich sehe in diesem Ergebnis sogar moralische Werte, und ich habe keinen Grund, mich darüber zu entschuldigen.

Wir in Finnland stellten uns unsere Außenpolitik nicht als Balanceakt zwischen den machtpolitischen Blöcken oder als „glänzende Isolation“ von der bösen Welt vor. Unsere Außenpolitik hat sich als ein Mittel erwiesen, mit dem wir uns an dem Gang der sich wandelnden Welt beteiligen, mit dessen Hilfe wir, zur Abstützung unserer eigenen Sicherheit und der internationalen Gemeinschaft, Früchte der Friedenspolitik hervorbringen können. Zu diesen gehören sehr verschiedene Sachen: erstens Handelsübereinkommen, die Finnland die Möglichkeit eines undiskriminierten Handels sowohl mit west- als auch mit osteuropäischen Staaten gewährleisten; zweitens eigenständige Lösungen, mit denen wir für unseren Teil auf gleichberechtigter Basis das Erbe des Zweiten Weltkrieges geregelt haben, die Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten mit einbezogen; drittens unsere Tätigkeit in den Vereinten Nationen, vor allem als ein Land, das der Weltorganisation Friedenstruppen zur Verfügung stellt; und last but not least die von uns wahrgenommene Gelegenheit, zugunsten der Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit Europas gewirkt zu haben, sowie die Gastgeberschaft in der Endphase der KSZE.

Unserer Auffassung nach ist die eigenständige finnische Außenpolitik, so wie sie sich während der letzten 35 Jahre entwickelt hat, vom Standpunkt der übrigen Völker Europas nicht nur eine tolerierbare Alternative, sie ist, wie ich den KSZE-Unterhändlern einmal sagte, ein positiver und integrierter Bestandteil des europäischen Gleichgewichtssystems geworden. Als solchen wollen wir sie auch bewahren.

Die Feststellung dürfte wohl kaum überraschen, dass Finnland seine Sicherheit als umso gefestigter empfindet, je friedlicher und konfliktfreier die Situation in Europa ist, je bedingungsloser die Entspannung im außenpolitischen Grundverhalten eines jeden Staates unseres Kontinents wurzelt, je umfangreicher und vielseitiger die wirtschaftliche Zusammenarbeit – die Zwillingschwester des Friedens – zwischen den Ländern Europas sich entwickelt und je mehr konkrete Ergebnisse bei den Verhandlungen zur Abrüstung und Rüstungseinschränkung erzielt werden. Auch die umgekehrte Schlussfolgerung ist unvermeidbar. Ein Land in der Situation Finnlands kann nicht umhin zu befürchten, dass seine unmittelbare Sicherheit abnimmt, falls das Wettrüsten in Europa zunimmt und die Abrüstungsverhandlungen in eine Sackgasse geraten. Drohende Zeichen einer solchen Entwicklung dürfen nicht unbeachtet bleiben.

Auch denjenigen Ländern Europas, die keinen Militärbündnissen angehören, muss das Recht zustehen, Stellung zur Wettrüstung, deren Folgen alle betreffen, beziehen zu können. Ich bestreite nicht, dass Kräftegleichgewicht und Sicherheit als miteinander im Zusammenhang stehende Begriffe angesehen werden. Aber ich kann den Gedanken nicht gutheißen, dass ein Gleichgewicht durch Wettrüsten zu erreichen wäre. Das Aufbringen neuer Kernwaffensysteme, gerade im europäischen Raum, kann zu nichts anderem führen als zu neuen und immer wieder neuen Wettrüstungseskalationen und zum Schluss in ein Unglück, dessen Ausmaße für den menschlichen Verstand unfassbar wären.

Ich las kürzlich, dass die mit Atomwaffenstrategien sich beschäftigenden Experten kaum einen Gedanken darauf verwenden, was passiert, wenn der Atomkrieg einmal ausgebrochen ist. Sie wissen sehr wohl, dass auch die durch einen begrenzten Atomkrieg gerade in diesem dicht besiedelten Erdteil

verursachte Zerstörung dermaßen unvorstellbar wäre, dass es besser ist, sich darauf zu konzentrieren, die vorbeugende so genannte Abschreckungswirkung der Waffen zu verbessern. Diese Schlussfolgerung wirkt vernünftig, sie ist aber gleichzeitig entsetzlich irreführend: Kein Waffensystem kann abschreckend wirken, wenn dessen Existenz nicht gleichzeitig gerade mit der Möglichkeit des Scheiterns dieser Abschreckung – mit anderen Worten: der Möglichkeit, dass tatsächlich ein Atomkrieg ausbrechen könnte – verbunden ist.

Es muss möglich sein, diesen gedanklichen Teufelskreis zu durchbrechen. Die Abrüstungsverhandlungen und die Verträge über Rüstungsbeschränkungen dürfen nicht nur als eine der sicherheitspolitischen Alternativen neben der Aufrüstung gelten, sondern als die einzige Alternative. Ein reines Verhandlungsangebot, ein Vorschlag, neue Möglichkeiten der Abrüstung zu untersuchen, sollte nicht als Streben nach einseitigem politischem Gewinn oder als eine politische Spekulation ausgelegt werden.

Man sollte die Aufnahme von Verhandlungen nicht mehr fürchten als eine neue Aufrüstung, wie dies heutzutage oft der Fall ist. An dieser Stelle ist es angenehm, feststellen zu können, dass sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der letzten zehn Jahre das Beispiel eines Staatsmannes findet, dessen Mut ausgereicht hat, Verhandlungen aufzunehmen und die Hand der Versöhnung trotz scharfer Kritik und tief verwurzelter Vorurteile anzubieten. Die Ostpolitik Willy Brandts sollte ein internationales Beispiel moralischen Mutes auch für diejenigen sein, die über Abrüstungsverhandlungen entscheiden, egal in welchem Land.

Die nordischen Länder haben in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen seltenen Vorteil genießen können: Sie sind als Ländergruppe, aber jedes Land auf der Grundlage seiner eigenen Voraussetzungen und seiner eigenen Politik, außerhalb der zugespitzten Spannungen zwischen den Militärbündnissen geblieben. Die desengagierte Position der nordischen Länder hat die lebenswichtigen Interessen keines Außenstehenden bedroht, im Gegenteil. Ich bin der Überzeugung, und ich glaube, dass sie in den nordischen Ländern weitgehend geteilt wird, dass das Fortdauern einer solchen sich gefestigten Situation in den nordischen Ländern nicht nur vom Standpunkt dieser oder dritter Länder, die in ihrer Sicherheitspolitik an der Situation in diesem Raum unmittelbar interessiert sind, sondern auch für die gesamte internationale Gemeinschaft die beste Lösung ist.

Die hauptsächliche Erklärung dafür, dass sich die bisherige positive Lage erhalten hat, ist, dass keines der nordischen Länder aus sicherheitspolitischen oder anderen Gründen Kernwaffen auf sein Gebiet hat bringen müssen. Diese Tatsache – dass es in diesem Raum keine Kernwaffen oder Kernwaffensysteme gegeben hat und gibt – ist die notwendige Voraussetzung für die im Norden herrschende Gleichgewichtskonstellation.

In dem Vortrag, den ich vor einem Jahr in Stockholm gehalten habe, wies ich darauf hin, dass eine neue sich eskalierende Aufrüstung, für deren Beginn es gerade in Europa Anzeichen gab, die Kontinuität der sicherheitspolitischen Lage im Norden bedrohen könnte. Ich betonte, dass Finnland nicht die Politik dieser oder jener Großmacht oder dieses oder jenes Militärbündnisses als Risiko ansieht, sondern vor allem den Beginn eines ungehemmten, neuer Waffensysteme und neuer kriegstechnischer Möglichkeiten mit sich führenden Wettrüstens. Ich bot auch an, gemeinsam zu überlegen, wie eine solche internationale Rüstungskontrollregelung zustande zu bringen wäre, die die nordischen Länder vor den Auswirkungen von Kernwaffen und vor allem der neuen Atomwaffentechnologie isolieren würde.

Jetzt, nachdem ein Jahr vergangen ist, muss ich besorgt feststellen, dass die Befürchtungen nicht umsonst gewesen sind. Nach neuesten Informationen soll der zweite SALT-Vertrag endlich unterschriftsreif sein. Dieses Ergebnis wäre ein Grund zur Freude und Zufriedenheit. Aber die Europa betreffenden Rüstungskontrollverhandlungen sind nicht vorangekommen. Die internationale Spannung ist weiterhin auf einem gefährlich hohen Niveau. Neue außer-europäische Gefahren- und Unsicherheitsfaktoren haben sich am Horizont abgezeichnet. Außerdem verlegt sich das Gewicht bei den sicherheitspoliti-

schen Diskussionen in vielen Ländern Europas eher auf Anschaffung neuer Waffensysteme als auf Bestrebungen, neue Rüstungskontrollsysteme zu entwickeln. Im Namen meines Landes richte ich den ernststen Appell an die über Mittel und Möglichkeiten verfügenden Großmächte, für Europa keine Entscheidungen zu treffen, die eine neue Rüstungseskalation einleiten könnten oder Kompromissen und Verhandlungen die Möglichkeit des Erfolges nähmen.

Die Zukunft Europas kann sich nicht in einer Welt im Wandel auf Machtpolitik und Aufrüstung gründen, sondern auf die Toleranz einer Vielfalt, Friedensliebe, Kompromissbereitschaft und umfangreiche Zusammenarbeit. Das Einvernehmen der für die Sicherheit unseres Erdteils verantwortlichen Staaten über den erstrangigen Wert des Friedens und der Zusammenarbeit sowie der gemeinsame Beschluss zur Erreichung dieser Ziele wurden in der Schlussakte der KSZE in Helsinki bekräftigt. Die Ergebnisse und die Bedeutung eines Entwicklungsprozesses, der vor vier Jahren seinen Anfang nahm, können noch nicht abgeschätzt werden. Möge dies kommenden Jahrzehnten vorbehalten bleiben. Aber der Weg, der gemeinsam betreten worden ist, ist der richtige Weg, und noch mehr, es ist der einzige Weg. Ich bin überzeugt, dass er immer gangbar bleiben wird, wenn nur genügend politischer Wille vorhanden ist.

Ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit bietet Finnland und der Bundesrepublik Deutschland viele gemeinsame Vorteile. Betrachten wir zum Beispiel die Handelsbeziehungen: von unseren Ausfuhren nahm uns die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im letzten Jahr 38,2 Prozent und die Bundesrepublik Deutschland allein zehn Prozent ab. Entsprechend kamen 35,7 Prozent unseres Gesamtimports aus der Wirtschaftsgemeinschaft, und der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den finnischen Gesamteinfuhren betrug nicht weniger als 13 Prozent. Es ist klar, dass wir imstande sein müssten, mehr in Ihr Land zu exportieren, als wozu wir jetzt fähig sind. Am wichtigsten jedoch ist der Entwicklungstrend sowie seine Auswirkungen. In der Zehnjahresperiode 1969-1978 sind Finnlands Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland auf das 3,3fache und die Ausfuhren nach der Bundesrepublik entsprechend auf das 4,3fache gewachsen. Nachdem 1973 das Handelsabkommen zwischen Finnland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeschlossen worden war, wuchsen Finnlands Einfuhren aus der Bundesrepublik in der Fünfjahresperiode 1974-1978 um 21 Prozent, die Ausfuhren nach der Bundesrepublik hingegen um 104 Prozent. Somit, und dies gilt laut Statistik besonders für die beiden letzten Jahre, hat sich die Unausgeglichenheit im Handel zwischen unseren beiden Ländern deutlich verringert.

Finnland tritt für eine Ausweitung der Freiheit im Handel, für einen gesunden Wettbewerb und für die Aufrechterhaltung der internationalen Arbeitsteilung ein. In handelspolitischen Benachteiligungen und im Vormarsch neoprotektionistischer Ideen sehen wir nicht nur eine Gefahr für den internationalen Handel, sondern auch für die internationale Sicherheit. Wir in Europa wissen, wohin ein handelspolitischer Krieg jedes gegen jeden führen kann. Und heutzutage sind die Dimensionen des Handels und der internationalen Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes global.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Finnland nimmt als Mitglied der europäischen Völkerfamilie eine eigene Rolle, die durch seine Geschichte, Geographie und politische Umgebung vorgezeichnet ist, ein. Der Weg Finnlands weicht in vieler Hinsicht von demjenigen der Bundesrepublik Deutschland ab. Das letztliche Ziel, ein Europa des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit, ist jedoch dasselbe. Das große wirtschaftliche und politische Gewicht der Länder West- und Mitteleuropas ist für uns eine Realität der internationalen Politik. Diese Länder, und unter ihnen ganz besonders die Bundesrepublik, sind für Finnland wichtig. Aber ich wage zu behaupten, dass auch Finnland den Ländern des westlichen Europas nicht gleichgültig ist. Ich glaube, dass Finnland zur geistigen und materiellen Kultur Europas im Laufe der Jahrhunderte einen Beitrag geleistet hat, wie man ihn von einer Nation der

Größe Finnlands zu Recht erwarten kann. Und was die politischen Beziehungen zwischen den Völkern Europas anbelangt, brauchen wir Finnen uns wegen der Ergebnisse unserer Arbeit nicht zu schämen: Aus einem zwischen Ost und West umstrittenen, abgelegenen Grenzland ist eine Brücke zwischen Ost und West geworden, die für ihren Teil, wie ich hoffe, imstande gewesen ist und auch in Zukunft fähig sein wird, die Möglichkeiten einer friedlichen Aufbauarbeit und einer Politik des Einvernehmens, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wird, aufzuzeigen. ■